

Ambivalentes Empowerment. Sozialwissenschaftliche Forschung über die Ungleichstellung von Frauen im spätsozialistischen Rumänien*

Ab etwa Mitte der 1960er-Jahre begannen die Sozialwissenschaften im sozialistischen Rumänien, sich ernsthaft für die Lage der Frauen zu interessieren. Ausgangspunkt der daraus hervorgegangenen Untersuchungen war das Stichwort Ungleichheit. Sie adressierten kritisch die sozialökonomischen Lebensbedingungen von Frauen, setzten sich aber in der Regel nicht mit der zunehmend neotraditionalistisch geprägten Rede über die Rolle der Frau im »Nationalkommunismus« auseinander bzw. passten sich an sie an. In diesem Artikel werden diese Forschungen als wichtiger Zugang zum Thema des ambivalenten Empowerments von Frauen während des Spätsozialismus betrachtet, also den Strategien und Maßnahmen, die den Grad an Autonomie und Selbstbestimmung der Frau erhöhen sollten. Es werden die epistemischen Grundlagen sozialen Denkens über Frauen im Staatssozialismus untersucht, das Vermächtnis dieses Denkens und seine Bedeutung für die Repräsentation des Sozialen im Postsozialismus. Berücksichtigung findet dabei die von Nancy Fraser identifizierte Spannung zwischen Umverteilung und Anerkennung im »postsozialistischen« Zeitalter.¹

Dieser Beitrag soll den aktuellen Forschungsstand in mehrfacher Hinsicht erweitern. Erstens trägt ein Blick darauf, welches Wissen über Frauen aus der spätsozialistischen Zeit stammt, zu Debatten über »Staatsfeminismus« und »Staatspatriarchat« bei.² Insbesondere verschiebt er den Fokus von der *agency* von Frauen in Partei- und Staatsstrukturen hin zur Verortung von *agency* in zeitgenössischen Diskussionen über die Lage der Frauen. Bemerkenswerterweise bevorzugte die Forschung der 1970er-Jahre (Un-)Gleichheit gegenüber *agency* als zentrales, das Wissen über Frauen organisierendes Konzept und bot sowohl Analysen der strukturellen Möglichkeiten für sozialökonomisches Empowerment von Frauen als auch Kritik an existierenden Hindernissen für ihre Emanzipation.

* Die Erarbeitung dieses Beitrages wurde von der Rumänischen Jungen Akademie unterstützt, die von 2020 bis 2022 von der Stiftung Mercator und der Alexander von Humboldt-Stiftung gefördert wird.

1 Nancy Fraser: From Redistribution to Recognition? Dilemmas of Justice in a ›Post-Socialist‹ Age, in: New Left Review 212 (1995), H. 1, S. 68–93.

2 Siehe das Forum Ten Years After: Communism and Feminism Revisited, in: Aspasia 10 (2016), H. 1, S. 102–168; Katherine Verdery: From Parent-State to Family Patriarchs: Gender and Nation in Contemporary Eastern Europe, in: dies.: What Was Socialism, and What Comes Next?, Princeton 1996, S. 61–82; und die Arbeiten von Maria Bucur und Mihaela Miroiu, zuletzt: Maria Bucur/Mihaela Miroiu: Communism as State Patriarchy, in: dies.: Birth of Democratic Citizenship: Women and Power in Modern Romania, Bloomington 2018, S. 112–134.

Zweitens lohnt die im Staatssozialismus entstandene Frauenforschung auch den Vergleich mit der aufschlussreichen, auf Oral-history-Interviews basierenden Rekonstruktion der Mehrdeutigkeiten in Alltags- und Medienrepräsentationen von Frauen während des Staatssozialismus und der Übergangszeit (insbesondere von Jill Massino).³ Die Untersuchungen in den 1970er-Jahren stellten eine zentrale Zone zwischen der gelebten (und erinnerten) Erfahrung von Frauen und dem offiziellen Parteidiskurs dar. Sie setzten sich – teils offen – mit dieser Spannung vom Standpunkt der marxistischen Sozialwissenschaft auseinander und zielten dabei nicht nur auf eine Reflexion, sondern auf eine neue Synthese zwischen der Erfahrung der Frauen und sozialistischen Idealen.

Drittens gehörten die in diesem Artikel diskutierten Studien zu einem Bereich sozialen Denkens, der zwar nach 1989 fast vollständig aus den öffentlichen Debatten verdrängt worden ist, doch gleichwohl Teil einer Genealogie der Idee der Gleichstellung von Frauen im Nachkriegsrumänien ist. Zur Zeit eines erneuten Auflebens des Ethnonationalismus, von Eingriffen in die reproduktiven Rechte von Frauen und neoliberaler ökonomischer Ungleichheit sind diese Untersuchungen ein machtvoller Beleg für die Einsichten revisionistischer marxistischer Zugänge zur Lage der Frauen in patriarchalen, paternalistischen und ausbeuterischen sozialökonomischen Arrangements, veranschaulichen zugleich aber auch ihre blinden Flecken.

Im ersten Teil erfolgt zunächst ein Überblick über die berüchtigtste politische Maßnahme gegenüber Frauen während des Ceaușescu-Regimes: die ab 1966 umgesetzte pronatalistische Politik, die Abtreibungen drastisch einschränkte. Es folgt eine Analyse über die Debatten zur Einführung dieser Maßnahmen aus der Perspektive einer *intellectual history* der Frauenstudien und des Feminismus. Was kann Politikgestaltung auf höchster Ebene über den thematischen Horizont der Forschung in Bezug auf die soziale Lage der Frauen in den 1970er- und 1980er-Jahren sagen? Im zweiten Abschnitt wird gezeigt, wie das soziale Problem der Frauenemanzipation in Diskussionen über die »Doppelbelastung« als Form von (Un-)Gleichheit behandelt wurde. Dabei wird auf die Begrenztheiten dieses Zugangs bezüglich der reproduktiven Rechte der Frauen hingewiesen. Im dritten Teil wird diskutiert, wie die zweite Welle der Frauenbewegung und die Globalisierung das Anliegen der Frauenemanzipation tangierten, während sich zur gleichen Zeit der Nationalkommunismus konsolidierte. Abschließend wird skizziert, wie sich die Ideen zur Lage der Frauen im Staatssozialismus gegen Ende der 1980er-Jahre veränderten, d. h. wie das Problem der Gleichheit dem der Freiheit weichen musste.

I. Die Entkopplung von biologischer, ökonomischer und sozialer Reproduktion

Die Voraussetzungen für die Debatten über die Lage der Frauen im spätsozialistischen Rumänien schuf eine der am besten dokumentierten Maßnahmen des Staatssozialismus:

3 Siehe Jill Massino: *Ambiguous Transitions: Gender, the State, and Everyday Life in Socialist and Postsocialist Romania*, New York 2019; Jill Massino/Raluca Maria Popa: *The Good, the Bad, and the Ambiguous: Gender (In)equality from Socialism to Pluralism in Romania*, in: Sabrina Ramet/Christina Hassenstab (Hg.): *Gender (In)equality and Gender Politics in Southeastern Europe: A Question of Justice*, London 2015, S. 171–191.

die strikte Begrenzung von Abtreibungen, die 1966 in Kraft trat. Sie war Bestandteil eines Pakets vorwiegend negativer pronatalistischer Maßnahmen, das den von Medizinstatistikern diagnostizierten stetigen Rückgang der Geburtenrate aufhalten sollte. Zahlreiche akademische, intellektuelle und ideologische Argumente standen zusammen in bemerkenswerter Weise für die poststalinistische Entkopplung von biologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten der Mobilisierung der Frauen für den Aufbau des Sozialismus.

In einer Zeit, in der sich demografische Ängste weltweit ausbreiteten,⁴ stieß die im sozialistischen Rumänien eingeführte pronatalistische Politik zunächst auf Neugier. Seit den späten 1980er-Jahren galt sie jedoch zunehmend als besonders düsteres und abschreckendes Beispiel für Folgen staatlicher Intervention in das Privatleben der Bevölkerung.⁵ In neuerer Zeit haben vergleichende Untersuchungen den rumänischen Fall als besonders grobe und unflexible Spielart eines Bündels von pronatalistischen Praktiken (Regulierung des Zugangs zu Abtreibung und Verhütungsmitteln, Bereitstellung sozial-ökonomischer Anreize) relativiert, das nicht nur in ganz Osteuropa übernommen und angepasst wurde, sondern auch jenseits des Eisernen Vorhangs.⁶ Das Besondere am rumänischen Fall war die frühe und strikte Begrenzung der Abtreibung, die Nichtverfügbarkeit und ab 1985 das Verbot von Verhütungsmitteln, sowie der Widerwille, mit für zu kostspielig gehaltenen finanziellen Anreizen zu experimentieren – obwohl diese Maßnahmen, wie auch damals schon bekannt, keineswegs zu einer Geburtenrate führten, die stabil über derjenigen anderer Ostblockstaaten lag, in denen die Abtreibung auf Verlangen nicht beschränkt worden war.⁷

Die Forschung hat aufgrund eines gestiegenen Interesses an den unterschiedlichen Formen von Wissen, Expertise und *agency*, die im Zuge der Gestaltung politischer Maßnahmen mobilisiert wurden, in den letzten Jahren die konfligierenden Belange in diesem Prozess detailliert rekonstruiert. »Demografisches Wachstum wurde behandelt wie jedes andere ökonomische Projekt des kommunistischen Regimes«, lautete das Ergebnis einer umfassenden Untersuchung der Institutionen und Praktiken, die dem Pronatalismus im spätsozialistischen Rumänien seine Form gaben. Zu seiner »Verunmenschlichung« trug demzufolge bei, dass politische, d. h. ökonomische Interessen Vorrang gegenüber wissenschaftlicher (medizinischer, demografischer usw.) Expertise genossen.⁸ Archivrecherchen und Oral-history-Interviews zum Entscheidungsprozess bezüglich der strikten Begren-

4 Zum Interesse der westlichen, insbesondere der französischen Demografie an den pronatalistischen Maßnahmen, mit denen im Ostblock experimentiert wurde, siehe Corina Doboş: Beyond Ideologies: East European Demographic Experiments across the Iron Curtain, in: Adela Hîncu/Victor Karady (Hg.): Social Sciences in the Other Europe since 1945, Budapest 2018.

5 Siehe die Einführung in Gail Kligman: The Politics of Duplicity: Controlling Reproduction in Ceauşescu's Romania, Berkeley 1998.

6 Siehe Luciana M. Jînga/Florin S. Soare: Politica pronatalistă a regimului Ceauşescu [Die pronatalistische Politik des Ceauşescu-Regimes], hrsg. von Corina Doboş, Bd. 1: O perspectivă comparată [Eine vergleichende Perspektive], Iaşi 2010.

7 Siehe William Moskoff: Pronatalist Policies in Romania, in: Economic Development and Cultural Change 28 (1980), H. 3, S. 597–614.

8 Siehe Jînga/Soare: Politica pronatalistă (Anm. 6), Bd. 2: Instituţii şi practici [Institutionen und Praktiken], hrsg. von Corina Doboş und Cristina Roman, Iaşi 2011, S. 246.

zung der Abtreibungen 1966 bestätigen diese Einschätzung. Zugunsten der radikalen Version der Abtreibungsbeschränkung, »politische« Lösung genannt, wurde ein komplexer, »technokratischer« Zugang zum drängenden Problem der fallenden Geburtenrate außer Acht gelassen.⁹ Letzterer hatte soziale Vorsorge und materielle Anreize, einen geschulten Umgang mit Verhütungsmitteln und die Begrenzung der Abtreibung für bestimmte Gruppen von Frauen vorgesehen. Allerdings wäre es zu einfach, das Problem auf einen Konflikt zwischen Wissenschaft und Politik zu reduzieren, waren doch beide auf komplexe Weise miteinander verflochten. Corina Doboş hat gezeigt, dass Demografen beim Entstehen der pronatalistischen Agenda in den 1960er-Jahren eine wichtige Rolle spielten. Sie stützten sich auf bevölkerungspolitische Ideen der Zwischenkriegszeit sowie die marxistische Ideologie und verfolgten gleichzeitig eigene Interessen.¹⁰ Des Weiteren konnte Raluca Maria Popa in Hinblick auf die Rolle von Frauen bei der Annahme pronatalistischer Maßnahmen zeigen, dass die Bedenken von Mitgliedern des Nationalen Frauenrats, insbesondere bezüglich des Schutzes der durch ein mögliches Abtreibungsverbot am stärksten gefährdeten sozialen Gruppen – Kinder und arme Mütter – nicht nur nicht berücksichtigt wurden, sondern auch in offiziellen Dokumenten kaum Erwähnung fanden.¹¹

Dennoch sind die Grenzen zwischen technokratischen, politisch-ökonomischen und aktivistischen Ansätzen bei den reproduktionspolitischen Maßnahmen nicht leicht zu ziehen. Der Expertenkommission von 1966 gehörten Vertreterinnen und Vertreter von mehr als zehn staatlichen Institutionen an, darunter drei Ministerien. Sie legte eine Studie zum Problem der Natalität vor, die als Grundlage für die Diskussionen der am Entscheidungsprozess beteiligten hochrangigen Parteimitglieder diente. Die »komplexen Maßnahmen«, die den Geburtenrückgang stoppen sollten, spiegelten also ein ebenso komplexes Feld der Expertise wider, das strategisch Zustimmung vorgaukelte, Dissens signalisierte oder unterschiedliche Quellen von *agency* verschleierte. Licht ins Dunkel bringt eine Analyse des Vorgehens in der Abtreibungsfrage: Die angestrebten Zusätze zum Dekret von 1957, das die Abtreibung legalisiert hatte, fielen in den Verantwortungsbereich des Ministeriums für Gesundheit und Soziale Vorsorge, das zugleich den Vorsitz der Expertenkommission innehatte. In einer Fußnote notiert wurde der Vorschlag des Staatlichen Planungskomitees und des Staatlichen Komitees für Arbeit und Löhne, neben medizinischen auch soziale Aspekte in die Liste der außerordentlichen Umstände aufzunehmen (wie etwa den Zivilstatus, Wohnsituation und Arbeitslohn der Frau), unter denen eine Abtreibung erlaubt sein sollte. Obwohl die Zusätze Änderungen der Gesetzeslage zur Folge hatten, billigte der Justizminister die Regelungen in einem Anhang, in dem er auf Rechtsprobleme bezüglich der Regelung von Scheidungsverfahren aufmerk-

9 Siehe z. B. Florin S. Soare: Ceauşescu's Population Policy: A Moral or an Economic Choice between Compulsory and Voluntary Incentivised Motherhood?, in: *European Journal of Government and Economics* 2 (2013), H. 1, S. 59–78.

10 Corina Doboş: Disciplining Births: Population Research and Politics in Communist Romania, in: *The History of the Family* 25 (2020), H. 4, S. 599–626.

11 Raluca Maria Popa: »We Opposed It: The National Council of Women and the Ban on Abortion in Romania (1966), in: *Aspasia* 10 (2016), H. 1, S. 152–160.

sam machte. Die Position des Nationalen Frauenrates wurde nirgends dokumentiert – er war einem ehemaligen Mitglied zufolge gegen die Begrenzung der Abtreibung.¹² Insgesamt wurde das Problem der Natalität als eines des nationalen Fortbestands (Aufrechterhaltung des Anteils an der Weltbevölkerung) und der langfristigen ökonomischen Planung (Sicherung der für die Entwicklung notwendigen Arbeitskraft) begriffen, was sowohl finanzielle Investitionen als auch Gesetzesänderungen erforderlich machte.

Die Stellungnahmen zur »politischen Lösung« des Natalitätsproblems in den Diskussionen im Rahmen der Studie des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Rumäniens artikulierten recht unterschiedliche ökonomische, soziale und biologische Aspekte der Reproduktion – einige waren sich die Beteiligten, dass Abtreibungen eingeschränkt werden mussten. Mehrere Mitglieder hielten positive pronatalistische Maßnahmen für »soziale Demagogie«. Sie schreckten vor der Idee finanzieller Anreize zurück, weil sie bereits den Anschein erwecken könnte, die Partei »kaufe Kinder«. Ein Diskutant, der ZK-Sekretär Leonte Răutu, regte an, das Problem der Natalität öffentlich zu diskutieren. Als Einziger erwähnte er den Nationalen Frauenrat und dessen Position: »Abtreibung sei eine wichtige Errungenschaft der Volksherrschaft.«¹³ Im Gegensatz zu anderen Sprechern bewertete er finanzielle Anreize durchaus positiv (Besteuerung auf der Grundlage der Familiengröße), waren sie doch in der Sowjetunion, in Westdeutschland, Polen, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika bereits eingeführt worden.¹⁴

Der Vorsitzende des Ministerrats Ion Gheorghe Maurer wandte sich gegen eine hastig eingeführte staatliche Regulierung des reproduktiven Verhaltens. Er konzedierte zwar, dass die Änderung der Gesetzeslage von 1957 notwendig sei, warnte jedoch, dies müsse angesichts des Umstands, »dass wir der Familie nicht mehr Kinder aufzwingen können, als die Familie haben möchte«, auf »rationale, kluge Art« geschehen.¹⁵ Außerdem beharrte er darauf, der Hauptgrund für die Begrenzung von Abtreibungen liege in ihren negativen medizinischen Folgen und nicht notwendigerweise in der Sorge um die Natalität. Diese Argumentation spiegelt eine schrittweise Medikalisierung des Abtreibungsproblems seit den frühen 1960er-Jahren.¹⁶ Nach 1966 setzte sie sich auch im öffentlichen Diskurs

12 Siehe Arhivele Naționale ale României/Rumänisches Nationalarchiv (im Folgenden: ANR), Fond C.C. al P.C.R., Secția Cămarilor, file 101/1966, Ministerul Sănătății și Prevederilor Sociale, »Studiu privind situația natalității din Republica Socialistă România și propuneri de măsuri pentru redresarea natalității din țara noastră« [Untersuchung zur Situation der Natalität in der Sozialistischen Republik Rumänien und Vorschlag von Maßnahmen zur Steigerung der Natalität in unserem Land]. Ich danke Corina Doboș dafür, dass sie digitale Kopien der Akten 101/1966 und 102/1966 sowie unschätzbare Einblicke in die inneren Abläufe und Tätigkeiten der pronatalistischen Politikgestaltung im staatssozialistischen Rumänien mit mir geteilt hat.

13 Leonte Răutu in: ANR, Fond C.C. al P.C.R., Secția Cămarilor, file 102/1966, »Stenograma ședinței Comitetului Executiv al C.C. al P.C.R. din ziua de 2 august 1966« [Transkript der Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Rumäniens am 2. August 1966], S. 21.

14 Siehe ANR, Fond C.C. al P.C.R., Secția Cămarilor, file 101/1966, »Notă« [Bericht] (26. Juli 1966), S. 45–47.

15 Ion Gheorghe Maurer, in: Stenograma ședinței (Anm. 13), S. 18.

16 Siehe Corina Doboș: »Pentru sănătatea femeii!«: Elemente ale discursului medical asupra întreruperii de sarcină [»Für Frauengesundheit!«: Elemente des medizinischen Diskurses über Abtreibung], in: Anca Dohotariu (Hg.): Familia în România, între social și politic: O incursiune diacronică pluridisciplinară [Die Familie in Rumänien zwischen dem Sozialen und dem Politischen: Eine diachrone multidisziplinäre Darstellung], Bukarest 2017.

durch. Über Themen mit Bezug zu Fortpflanzung und Sexualität sprachen fast ausschließlich medizinische Experten.¹⁷

Letztlich formulierte Nicolae Ceaușescu, dem die finale Entscheidung in der Abtreibungsfrage zugeschrieben wird, das Problem weniger aus ökonomischer oder medizinischer als vielmehr aus ausgeprägt moralischer Perspektive. Der Zugang zur Abtreibung und die Vereinfachung des Scheidungsverfahrens in den 1950er-Jahren hätten tatsächlich die »Legalisierung der Prostitution« bedeutet, wogegen das eigentliche Ziel der Partei hätte sein müssen, die Natalität und Gesundheit der Bevölkerung zu schützen.¹⁸ Um dem zu entsprechen, müsse die Partei neben dem sofortigen Abtreibungsverbot die Bevölkerung erziehen: »Das Problem der Natalität ist nicht nur ein Problem des eigenen Wunsches, Kinder zu haben oder nicht, sondern ein soziales Problem; jede Person hat Pflichten gegenüber der Gesellschaft. Natürlich kann man niemanden zwingen, Kinder zu bekommen, aber das ist ein soziales Problem, und wir müssen den Leuten ihre Verantwortung erklären.«¹⁹ Das war die »politischste« Position von allen, reproduzierte sie doch die Vision individueller *agency*, die zur kollektiven Verwirklichung einer moralisch überlegenen sozialpolitischen Ordnung erzieherisch geformt wurde. Ceaușescus unzweifelhaft stalinistische Position, die Expertenstudie sowie die Aussagen in der Sitzung des Exekutivkomitees erklären die Entkopplung der ökonomischen, biologischen und sozialen Aspekte der Reproduktion. Trotz der grundlegenden Übereinstimmung über die Notwendigkeit der strikteren Abtreibungskontrolle konnten sie in bemerkenswert unterschiedlichen konzeptuellen Konstellationen neu angeordnet werden, je nachdem, ob sie der ökonomischen Rationalität, dem individuellen Willen oder dem moralischen Imperativ den Vorrang einräumten.

Das scheinbar paradoxe Aufblühen durchaus kritischer Sichtweisen zur Lage der Frauen auf dem Weg zum weitgehenden Abtreibungsverbot ist tatsächlich eine Auflösungserscheinung der engmaschig gewebten politischen Sprache des Stalinismus. blieb das Problem der Reproduktion in den 1960er- und 1970er-Jahren nahezu unangetastet, konnten soziale und ökonomische Sorgen im Leben der Frauen öffentlich diskutiert werden. Dies führte vor allem dazu, dass sozialistische, feministische und neotraditionalistische Reaktionen auf die Frauenemanzipation formuliert wurden.

II. Ungleichheit definieren: Reflexionen über die Doppelbelastung

Der Diskurs über die Ungleichstellung der Frauen in den 1970er-Jahren entfaltete sich um die Doppel- bzw. Dreifachbelastung der Frauen – Erwerbsarbeit, Hausarbeit und politisches Engagement – als hervorstechendstes Problem. Sozialwissenschaftliche Studien zum Thema bieten einen Querschnitt durch die Positionen, die Widersprüche der

17 Zur Sexualität siehe Erin K. Biebuyck: *The Collectivisation of Pleasure: Normative Sexuality in Post-1966 Romania*, in: *Aspasia* 4 (2010), H. 1, S. 49–70.

18 Stenograma ședinței (Anm. 13), S. 24.

19 Ebd., S. 25.

»Frauenemanzipation« artikulierten. Diese sind bisher hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der an Frauen und Jugendliche gerichteten Propaganda der 1970er- und 1980er-Jahre betrachtet worden. Ihr Ziel war es, die rollengeleiteten familiären Pflichten zu verfestigen.²⁰ Luciana M. Jinga hat sie in ihrer Studie über Geschlecht und Repräsentation im staatssozialistischen Rumänien vor dem Hintergrund der Realitäten der politischen und ökonomischen Teilhabe von Frauen zu jener Zeit analysiert. »Liest man sie nicht kritisch«, schränkt sie ein, »zeichnen diese Materialien hinsichtlich der Geschlechtergerechtigkeit ein ideales Bild. Die von ihnen präsentierten Statistiken waren echt, aber die tatsächliche Situation wurde durch einfaches Auslassen völlig entstellt.«²¹ Diese analytische Perspektive bewahrt die während des Staatssozialismus produzierten Daten vor der unbegründeten Kritik, sie seien vollkommen erfunden. Sie verschiebt jedoch die Skepsis teilweise auf ihre Deutung, wie etwa im Fall von Jingas Diskussion der Arbeit Ecaterina Delimans über die politische Teilhabe von Frauen.²² Die für diesen Beitrag vorgenommene Analyse weicht von diesem Ansatz insofern ab, als die während des Staatssozialismus produzierten Untersuchungen aus ihren eigenen Begriffen heraus und in einem breiteren Kontext geteilter epistemischer Grundannahmen sowie intellektueller und Forschungsinteressen der Zeit analysiert werden, d. h. als Teil der *intellectual history* des Feminismus und des Frauenrechtsdiskurses in Rumänien und Ostmitteleuropa.²³

Studien zur Lage der Frauen wurden nicht häufiger im Rahmen von Auftragsarbeiten durchgeführt als andere sozialwissenschaftliche Untersuchungen, die im Rahmen zentral erstellter Forschungspläne erarbeitet wurden. Diese wiederum spiegelten sowohl den breiteren epistemischen Kontext der Zeit als auch die internationalen Diskussionen, in die sich die rumänischen Sozialwissenschaften einschrieben. In den 1970er-Jahren gab es einen noch nie dagewesenen Raum für Untersuchungen zur sozioökonomischen Situation der Frauen. Die daraus hervorgegangenen, oft widersprüchlichen Ideen waren für die Mischung aus marxistisch-revisionistischem, liberalem, populistischem und antifeministischem Denken über Frauen im »normalisierten« Ostblock generell charakteristisch.

Manche waren der Ansicht, dass es ökonomischer Maßnahmen bedürfe, um Ungleichheiten zu beseitigen, andere, dass sozialpsychologische Faktoren und persönliche Idiosynkrasien im Fokus der Veränderung stehen sollten. Schließlich wurde auch eine intensivere Entwicklung des politischen Bewusstseins in Betracht gezogen, um mit der ökonomischen Emanzipation gleichzuziehen. Diese Argumente berührten die breiter verstandene »wachsende Bedeutung der Rolle der Frauen im ökonomischen, politischen

20 Siehe Petruța Teampău: The Romanian Red Body: Gender, Ideology, and Propaganda in the Construction of the »New Man«, in: *Ethnologia Balkanica* (2011), H. 15, S. 207–225, hier S. 208 f.

21 Luciana M. Jinga: *Gen și reprezentare în România comunistă, 1944–1989* [Geschlecht und Repräsentation im kommunistischen Rumänien, 1944–1989], Iași 2015, S. 19.

22 Ebd., S. 203–207.

23 Der erste Quellenreader mit Texten zur Geschichte des Feminismus und der Frauenrechte in Ostmitteleuropa, das Ergebnis jahrelanger, von Zsófia Lóránd initiiert und koordinierter Projektarbeit, in die Forscherinnen und Forscher aus zwölf Ländern der Region involviert waren, wird 2022 bei CEU Press erscheinen.

und sozialen Leben des Landes«,²⁴ wie ein 1973 vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rumäniens unterstütztes Projekt betitelt war, das in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre mit einigem Erfolg durchgeführt wurde. Sie berührten außerdem die zunehmende Sichtbarkeit von Frauen anlässlich des Internationalen Frauenjahrs 1975 und der anschließenden UN-Dekade der Frau.²⁵

Die ersten Versuche, Ungleichheit zu »quantifizieren«, waren Zeitbudgetanalysen. Während allseits bekannt war, dass erwerbstätige Frauen weniger Freizeit hatten als Männer,²⁶ war das Ausmaß dieser Ungleichheit noch nicht vollständig verstanden, wie der französische Soziologe Francisc Albert 1970 notierte: Die Differenz wurde auf fast zwei Stunden pro Tag berechnet. Zu dieser Zeit machten Frauen 47 Prozent der berufstätigen Bevölkerung aus, verbrachten statistischen Daten aus der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre zufolge etwa 30 Stunden pro Woche mit Hausarbeit und arbeiteten 80 Stunden in der Woche. Im Durchschnitt verbrachten Männer drei Stunden pro Tag weniger mit Hausarbeit als Frauen und räumten ihr auch seltener den Vorrang ein. Außerdem erklärten Frauen in auf Selbsteinschätzungen basierenden Untersuchungen (im Vergleich zu mithilfe von Stoppuhr-Messungen erhaltenen Daten), dass sie wesentlich mehr Freizeit hätten, während Männer angaben, sie hätten etwas weniger.²⁷ Das legt nahe, dass Frauen nicht nur mehr arbeiteten, sondern außerdem auch nicht jede Hausarbeit als Arbeit betrachteten. Wenn es um Hausarbeit ging, gaben unverheiratete Frauen und unverheiratete Männer sehr ähnliche Belastungen an. Verheiratete Männer jedoch überschätzten ihre Beteiligung an der Hausarbeit im Vergleich zu Frauen mit der statistisch beobachteten Ratio von 1/3 (Hausarbeit der Männer/Hausarbeit der Frauen) signifikant. Da dies für verheiratete Männer spezifisch war, schlussfolgerte Albert, dass die subjektive Deutung nicht auf der Ebene der Selbsteinschätzung des quantitativen Anteils an der Hausarbeit stattfand, sondern bereits auf der Ebene dessen, was Männer überhaupt als ihre Aufgaben in der Hausarbeit betrachteten.²⁸

24 Das Projekt nahm die gestiegene ökonomische Rolle der Frauen in den Blick, sowohl hinsichtlich ihrer Erwerbstätigkeit als auch ihrer Arbeitsproduktivität. Die Erleichterung ihrer Rolle als Mütter, die staatliche Unterstützung für Kinderbetreuung und Hausarbeit sowie der zahlenmäßige Anstieg der Frauen in Partei und staatlichen Leitungspositionen wurden ebenfalls untersucht. Siehe Jinga: *Gen și reprezentare* (Anm. 21), S. 217–221.

25 Siehe Jocelyn Olcott: *International Women's Year: The Greatest Consciousness-Raising Event in History*, Oxford 2017. Ein von Natalia Jarska an der Universität Complutense von Madrid im Jahr 2021 veranstalteter Workshop brachte über ein Dutzend Forscherinnen und Forscher zusammen, die aktuell den Einfluss und das Vermächtnis des Internationalen Frauenjahres und der UN-Dekade der Frau in Lateinamerika, Osteuropa und transnational erforschen.

26 Das wichtigste Frauenmagazin im sozialistischen Rumänien, »Femeia« [Die Frau], begann Mitte der 1960er-Jahre Umfragen unter seinen Leserinnen durchzuführen, um sie in die Diskussion der drängendsten Probleme der Frauen einzubinden. Eine der ersten Umfragen war »Timpul... »eterna' problemă« [Zeit... das »ewige« Problem]. Im Januar 1966 veröffentlicht, war dies der erste einer Reihe von Artikeln über die Doppelbelastung der Frauen. Auf diese Weise fanden Themen zur sozio-ökonomischen Ungleichheit der Frauen als Ergebnis ihrer multiplen Rollen als Arbeiterinnen, Mütter, Ehefrauen und Bürgerinnen Eingang in die öffentliche allgemeine Diskussion.

27 Francisc Albert: *Dialog cu timpul liber* [Dialog mit der Freizeit], Bukarest 1970, S. 50–53.

28 Ebd., S. 62 f.

Albert legte nahe, dass ein ganzes Bündel an Maßnahmen notwendig war, um die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen zu beheben: Alte, patriarchale Mentalitäten hinsichtlich der Verteilung der Hausarbeit müssten sich ändern; die Rationalisierung der Lebensbedingungen und technologische Fortschritte würden das Arbeitsaufkommen verringern; bessere Dienstleistungen würden Zeit sparen helfen; und schließlich könnte Hausarbeit in größerem Umfang ausgelagert werden.²⁹ Dieser Blick auf die Doppelbelastung und das Bündel an Lösungen waren in den 1970er-Jahren weithin akzeptiert; trotz Rückschritten wurde das erste Jahrzehnt des Ceaușescu-Regimes allgemein als Verbesserung und Liberalisierung im Leben der Frauen als »Konsumentinnen-Bürgerinnen« erlebt.³⁰

Die Psychologin Georgeta Dan-Spînoiu untersuchte 1974 das Wechselspiel zwischen »objektiven« und »subjektiven« Aspekten der Teilhabe von Frauen an produktiver Arbeit. Im Prinzip war die Einbeziehung der Subjektivität in die Diskussion über die Ungleichstellung von Frauen vielversprechend, insbesondere weil die Annahme im öffentlichen Diskurs immer mehr Zuspruch erfuhr, dass Frauen zur Reproduktion ihrer eigenen Unterordnung selbst beitragen. Allerdings reproduzierte die Diskussion der gesellschaftlichen und psychologischen Faktoren, die die Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit verhinderten –, ein Wechselspiel, das Dan-Spînoiu treffend als »Selbstverwirklichung durch Arbeit« bezeichnete – weithin das Ideal der »modernen Frau« als Arbeiterin, Ehefrau und Mutter. Das Ziel bestand darin zu verstehen, wie sich diese Rollen gegenseitig beeinflussten, nicht darin, sie einzeln infrage zu stellen. Die Arbeitsmotivation von Frauen, so wurde beispielsweise gezeigt, hing in größerem Umfang als die von Männern von der materiellen und Familiensituation ab: »Frauen arbeiteten bewusst nur bis zu einer Leistungsgrenze, die mit ihrer materiellen Motivation sowie ihrem Wunsch nach Handlungs- und Entscheidungsfreiheit betreffs Aufwand und Mühe zusammenfiel.«³¹ Dies war etwas, das sorgsam in Betracht gezogen werden musste, um die Produktivität von Frauen zu erhöhen und gleichzeitig ihren Familienanhang zu berücksichtigen. Es stimmte, dass eine ganze Reihe an sowohl individuellen als auch strukturellen Hindernissen die Selbstverwirklichung von Frauen durch Arbeit blockierten: persönliche Entwicklung, Arbeitsfähigkeit, Maßnahmen zur Förderung von Frauen am Arbeitsplatz (d. h. Diskriminierung von Frauen in leitenden Positionen³²) und die Familiensituation, eingeschlossen die Vorurteile des Ehemanns gegenüber der Förderung der Frau, die Erschöpfung durch Hausarbeit, der Mangel an Zeit für berufliche Aus- und Weiterbildung und Sorge um die Kinder.³³ Veränderungen auf der Ebene der Mentalität vorzu-

29 Ebd., S. 71–75.

30 Siehe Jill Massino: *From Black Caviar to Blackouts: Gender, Consumption, and Lifestyle in Ceaușescu's Romania*, in: Paulina Bren/Mary Neuburger (Hg.): *Communism Unwrapped: Consumption in Cold War Eastern Europe*, New York 2012, S. 226–253.

31 Georgeta Dan-Spînoiu: *Factori obiectivi și subiectivi în integrarea profesională a femeii* [Objektive und subjektive Faktoren der beruflichen Integration von Frauen], Bukarest 1974, S. 87.

32 Auch dies war im Magazin »Femeia« breit diskutiert worden, das aus diesem Anlass im Verlauf des Jahres 1970 die Artikelserie »Poate femeia să conducă?« [Können Frauen führen?] veröffentlichte.

33 Siehe Dan-Spînoiu: *Factori obiectivi și subiectivi* (Anm. 31), S. 182–184.

schlagen oder sich für eine Umstrukturierung der Hausarbeit auszusprechen, bedeutete in dieser Konstellation, gleichzeitig sowohl die Rolle der Frau als Mutter als naturgegeben zu biologisieren als auch ihre Eigenverantwortung dafür zu verstärken, bei der Integration ins Arbeitsleben ihr volles Potenzial zu entfalten.³⁴

Das theoretische Interesse an der Lage der Frau streifend, umriss Ana Gluvacov, die seit 1941 Parteimitglied war, verschiedene untergeordnete Positionen im Parteiapparat innegehabt hatte und seit den späten 1950er-Jahren Dozentin für politische Ökonomie war, ihre Position als Beitrag zur Kontroverse über den konjunkturellen oder objektiven Charakter der Massenintegration der Frauen in die berufstätige Bevölkerung. Eine Neuformulierung der Frage im marxistisch-leninistischen Sinn, so ihr Argument, sei in einem Moment besonders notwendig, in dem die sozioökonomischen Folgen der »Doppelbelastung« einige dazu veranlasst hätten, eine Rückkehr in die Vergangenheit und zu traditionellen Männer- und Frauenrollen vorzuschlagen. Andere wiederum würden Frauen nahelegen, in unterschiedlichen Lebensphasen Ausbildung, Mutterrolle und Beruf nacheinander zu verfolgen. Als Lösung für das Problem sowohl traditionalistischer als auch technokratischer Zugänge zur Lage der Frauen legte Gluvacov nahe, dass die sozialen Wirklichkeiten der Ungleichstellung von Frauen im Rahmen der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis neu betrachtet werden sollten. Die vermeintliche Identifikation von Klassenbeziehungen und Geschlechterbeziehungen war durch Friedrich Engels häufig zitierte Analyse der Unterordnung der Frau in der Familie als Folge der ökonomischen Überlegenheit des Mannes gestützt worden. Die Beseitigung der ökonomischen Ausbeutung ließ dieser Deutung zufolge erwarten, dass damit auch die Ungleichheiten in der Familie beseitigt würden. Gluvacov merkte allerdings an, dass es trotz der Integration der Frauen in die Produktion »offensichtlich ist, und die historische Erfahrung bestätigt es, dass dies nur die ursprüngliche Voraussetzung für die Beseitigung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, zwischen den Menschen im Allgemeinen ist«.³⁵

Abgesehen von einem umfassenderen Verständnis des Ausmaßes der Ungleichstellung von Arbeiterinnen – insbesondere hinsichtlich Bildung, beruflicher Weiterbildung und Aufstieg in Leitungspositionen – implizierte Gluvacovs Lösung, das dialektische Verhältnis zwischen ökonomischen und sozialen Faktoren ernst zu nehmen. Die Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit ließ die tief verwurzelten Ungleichheiten offen zutage treten, die die Familienbeziehungen prägten. Daher solle die ökonomische Organisationslehre erneuert werden, so ihre Überlegung, um gezielt existierende Ungleichheiten zu korrigieren – z. B. dadurch, dass Frauen adäquate Arbeitsplätze zugesichert würden, dass für eine flexible Arbeitsorganisation gesorgt würde (insbesondere für Mütter), die Unmöglichkeit für Frauen berücksichtigt würde, weite Strecken zu pendeln, dass Arbeitsnormen gefunden würden, die dem Körper und Alter von Frauen angemessen

34 Ebd., S. 214 f.

35 Ana Gluvacov: *Afirmarea femeii în viața societății: Dimensiuni și semnificații în România* [Die Selbstbehauptung der Frauen im gesellschaftlichen Leben: Dimensionen und Bedeutungen in Rumänien], Bukarest 1975, S. 30.

wären, und dass die Qualifizierung von Frauen und ihr Zugang zu Hochschulbildung sichergestellt würden.³⁶ In dieser Perspektive behandelte Gluvacov die Doppelbelastung nicht als Grundursache, sondern als Symptom einer breiteren, diskriminierenden Arbeitsorganisation, die es noch schlimmer mache. Deshalb solle eine gerechte Umverteilung der Hausarbeit vor allem der tatsächlichen Stellung der Frauen in der berufstätigen Bevölkerung entsprechen – zum Beispiel sollten Männer sich stärker an der Erziehung der Kinder beteiligen, weil sie im Allgemeinen einen höheren Bildungs- und Qualifikationsstand hatten.³⁷

Es war nicht nur die Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit,³⁸ sondern auch der Ausbau ihrer politischen Teilhabe, die in den 1970er-Jahren im Fokus stand. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts sollte dieses Ziel mithilfe eines Quotensystems für weibliche Parteimitglieder sowie Frauen in Leitungspositionen erreicht werden, was in der Praxis trotz konzentrierter Anstrengungen aber nie umgesetzt wurde.³⁹ Wenn Ecaterina Delimans 1977 erschienenes Buch über Frauen als zeitgenössische politische Akteurinnen auf irgendetwas hinweist, dann darauf, dass dieses Scheitern teilweise auch der Unfähigkeit geschuldet war, sozioökonomische Probleme der Frauen – und insbesondere die Doppelbelastung – als (marxistisch-leninistische) politische Probleme zu formulieren. Deliman, die 1936 geboren wurde, in Moskau Geschichte studiert und am Pädagogischen Institut in Oradea gelehrt hatte, war zwischen 1969 und 1974 Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rumäniens. Sie hatte Simone de Beauvoirs *Das andere Geschlecht* gelesen und war hinsichtlich des Problems der sozialen und der biologischen Natur anderer Ansicht.⁴⁰ Speziell beim Thema Hausarbeit folgte Deliman den Debatten, die in den frühen 1970er-Jahren in *Political Affairs* geführt wurden, dem theoretischen Organ der Kommunistischen Partei der USA. Sie reflektierte jedoch weder auf die Analyse der Hausarbeit als produktiver Arbeit, die von Frauen geleistet wurde, damit Männer größeren Mehrwert produzieren konnten,⁴¹ noch auf die Zurückweisung der Vision von ihren Ehemännern ausgebeuteter Frauen, die als Untergrabung der Einheit im Klassenkampf aufgefasst wurde.⁴² Eher schloss sich Deliman der Überzeugung an, dass die Massenintegration der Frauen in die Produktion nicht an sich eine Garantie ihrer vollständigen

36 Ebd., S. 170 f.

37 Ebd., S. 181. Ab Mitte der 1970er-Jahre wurde dies auch in der Presse hervorgehoben. Mit Titeln wie »Können wir über den »neuen Vater« sprechen?« (1976), »Da lernt einer den Job, Vater zu sein« (1977) oder »Die Emanzipation der Männer« (1980) definierte der »Femeia Almanac« die neuen Rollen der Väter in der Familie und betonte dabei ihren Beitrag zur Erziehung der Kinder.

38 Siehe zu diesem Thema auch Aneta Spornic: Utilizarea eficientă a resurselor de muncă feminine în România [Die effiziente Nutzung der weiblichen Arbeitskraftressourcen in Rumänien], Bukarest 1975.

39 Siehe Jinga: Gen și reprezentare (Anm. 31), S. 258–268.

40 Siehe Ecaterina Deliman: Femeia, personalitate politică în societatea noastră socialist [Die Frau: Politische Persönlichkeit in unserer sozialistischen Gesellschaft], Bukarest 1977, S. 19.

41 Siehe Isabel Largaia/John Dumoulin: Towards a Science of Women's Liberation, in: *Political Affairs* 51 (1972), H. 8., S. 39–51.

42 Siehe Margaret Cowl: Economic Role of the Housewife, in: *Political Affairs* 51 (1972), H. 8, S. 52–62.

Befreiung war.⁴³ Sie machte geltend, dass die Entwicklung des politischen Bewusstseins der Frauen vor allem der theoretischen Lektürekompetenz bedurfte, eines Verständnisses der Ziele der Partei: »Solange Frauen sich nur um die ökonomischen Aspekte ihrer ontologischen Lage kümmern, werden sie in den Grenzen eines embryonalen Bewusstseins verharren.«⁴⁴

Des Weiteren übertrug Deliman den Frauen selbst die Verantwortung für ihre Emanzipation, indem sie das Problem ihrer Ungleichstellung in der Familie als »Tradition« und »Brauch« beschrieb und es vermied, ein gemeinsames politisches Anliegen zu formulieren. Als Mütter wurde von Frauen außerdem erwartet, Vorurteile bezüglich ihrer untergeordneten Rolle zu bekämpfen, »auf der einen Seite im Interesse ihres eigenen Werdens und auf der anderen Seite, um eine neue ›Vererbungslinie‹ zu schaffen, von der künftige Generationen profitieren können.«⁴⁵ Hinsichtlich des Aspekts, dass ökonomische Teilhabe allein Frauen nicht befreie, bestand Delimans Vorschlag darin, dass bewusste politische Teilhabe eben dies leistete. Delimans Perspektive war in der Naturalisierung der Mutter- und Arbeiterinnenrolle der Lösung Dan-Spînoius ähnlich und fasste individuelle Selbstverwirklichung unter das Erreichen eines kollektiven politischen Bewusstseins.

III. Erweiterung der Debatte über die Ungleichstellung von Frauen: Konzeptuelle Innovation und globale Perspektive

In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre galt es im rumänischen allgemeinen Diskurs über die Lage der Frauen im Staatssozialismus mittlerweile als notwendig, die Agenda der Frauenemanzipation neu zu definieren, um die multiplen Formen zu berücksichtigen, in denen Ungleichheit fortbestand. Deutlich wird dies an einer sehr beliebten Sammlung von an Mädchen und junge Frauen gerichteten Essays, *Cartea fetelor* (Das Buch der Mädchen), insbesondere durch die verschiedenen Kapitel aus der Feder von Ecaterina Oproiu. Seit den 1950er-Jahren hatte sich Oproiu als Journalistin, Filmkritikerin und Dramaturgin einen Namen gemacht und war gleichermaßen aus Presse und Fernsehen bekannt. In ihrem literarischen Werk benutzte sie Genres wie das Interview oder den Brief, um einer Vielzahl von Frauen und ihren Erfahrungen eine Stimme zu geben, darunter häusliche Gewalt, Vernachlässigung durch die Eltern, Fremdgehen, Scheidung, harte körperliche Arbeit in der Landwirtschaft und Diskriminierung am Arbeitsplatz.⁴⁶ Ihre Beiträge waren ein kraftvolles Statement dafür, den Rahmen der öffentlichen Debatte über die Frauenemanzipation zu erweitern. Zugleich veranschaulicht ihre Perspektive in *Cartea fetelor* die Widersprüche, die den Diskurs über die Ungleichstellung von Frauen allgemein prägten: Oproiu argumentierte gegen Elitismus im Kampf für

43 Siehe Deliman: Femeia (Anm. 40), S. 47.

44 Ebd., S. 64.

45 Ebd., S. 95 f.

46 Siehe Ecaterina Oproiu: 3x8 plus infinitul: dialoguri despre condiția femeii [3x8 plus Unendlichkeit: Dialoge über die Lage der Frauen], Bukarest 1975.

Frauenemanzipation, bekräftigte aber erneut den Vorrang der Klassenungleichheit vor der Geschlechterungleichheit. Sie registrierte den Fortbestand der Ungleichheit trotz des existierenden rechtlichen Rahmens sowie der Top-down-Maßnahmen zur Gewährleistung gleicher Repräsentation und erklärte diese Lage zu einer Folge des unter Männern gepflegten Vorurteils, aber auch mit dem unter Frauen verbreiteten Mangel an Mut. Sie berichtete ausführlich über die dreifache Verantwortung der Frauen als Arbeiterinnen, Mütter und Bürgerinnen, naturalisierte jedoch ihre zentrale Rolle in der Familie sowie ihre Reproduktions- und Kinderbetreuungspflichten hinsichtlich der Zukunft der Nation. Sie wandte sich gegen die Idee, dass Männer Frauen eher »helfen« sollten, statt ihre Verantwortung mit ihnen zu teilen, dennoch beschrieb Oproiu einen »idealen Vater« als jemanden, der das Konzept der »idealen Mutter« spiegelte und bekräftigte.⁴⁷ Diese Widersprüche sollten sich noch weiter verschärfen, als in den 1980er-Jahren die Mutterschaft und die Rolle der Frau bei der Rationalisierung des Haushalts noch stärker betont wurden.⁴⁸

Ecaterina Oproiu ist auch ein gutes Beispiel für die Rezeption (westlicher) feministischer Ideen durch rumänische Autorinnen in den 1970er-Jahren. Im Allgemeinen fand in den oben diskutierten Darstellungen der Ungleichstellung der Frauen keine systematische Auseinandersetzung mit der zweiten Welle der Frauenbewegung und den transnationalen Debatten über die Frauenemanzipation statt. Das mit Abstand wichtigste theoretische Werk, das dies im staatssozialistischen Rumänien versuchte, war Stana Buzatus *Condiția femeii* (Die Situation der Frauen). Bei der 1979 veröffentlichten Version ihrer Doktorarbeit, die sie an der Ștefan-Gheorghiu-Akademie verteidigt hatte, handelte es sich um eine fünfhundert Seiten starke soziologische Abhandlung. Sie vermaß darin den zeitgenössischen westlichen Feminismus, kommentierte das globale Dilemma der Frauen und feierte die sozialistischen Errungenschaften – unterbrochen nur durch Momente nationalkommunistischer Fieberhaftigkeit und ernüchternde Kritik an den Grenzen der Emanzipation.

In ihrer Einleitung zu *Drama eliberării femeii* (Das Drama der Befreiung der Frau) der Französin Mathilde Niel, der einzigen Arbeit einer zeitgenössischen westeuropäischen Autorin über die Frauenemanzipation, die in Rumänien vollständig veröffentlicht wurde, äußerte Ecaterina Oproiu die weit verbreitete Ansicht, dass der Feminismus eine »bürgerliche Ideologie« sei, die die Rolle der Frau in der Gesellschaft auszudehnen suchte, die getragen war von einer durch Sektierertum geplagten Bewegung, gekennzeichnet durch die Selbstisolierung der Frauen vom Rest der Welt, das Verlassen einzig auf die Ressourcen der Frauen und eine undifferenzierte Opposition gegen Männer.⁴⁹ Dies sei freilich eine allzu simple Sicht auf ein bemerkenswert vielfältiges und widersprüchliches

47 Ecaterina Oproiu: Două întrebări-cheie [Zwei Schlüsselfragen], in: Cartea fetelor [Das Buch der Mädchen], Bukarest 1977, S. 70–83.

48 Siehe Denisa-Adriana Oprea: Between the Heroine Mother and the Absent Woman: Motherhood and Womanhood in the Communist Magazine Femeia, in: European Journal of Women's Studies 23 (2015), H. 3, S. 281–296, hier S. 290–296.

49 Ecaterina Oproiu: Introduction, in: Mathilde Niel: Drama eliberării femeii [Das Drama der Befreiung der Frau], Bukarest 1974, S. 7.

Denken, argumentierte Stana Buzatu und merkte an, dass Marxismus und Feminismus hinsichtlich bestimmter Probleme tatsächlich für einen »kreativen Dialog« offen seien. Das gelte etwa für den Begriff des »Sexismus«, ein feministisches Konzept, das die mit der Ungleichstellung einhergehende Diskriminierung auf der Grundlage von Klasse und Sexualität beschrieb. Um die Übersetzung des Konzepts in die politische Sprache Rumäniens vorzuformen, arbeitete Buzatu mit der klassischen marxistischen These, dass Ungleichheit eher ein soziales als ein natürliches Problem war, eine Angelegenheit der Klasse eher als eine des biologischen Geschlechts. Buzatu erläuterte, dass Änderungen im Klassensystem nicht automatisch zu Änderungen in den Geschlechterbeziehungen führten. Beide bildeten parallele Hierarchien, die Frauen im Kapitalismus in eine Position doppelter Minderwertigkeit brachten, was gleichzeitig implizierte, dass Ungleichheiten im Sozialismus bestehen bleiben könnten und würden, wenn das Problem der Ungleichstellung der Frauen so behandelt würde, als hänge es nur mit Klasse zusammen. Diese Argumentationslinie erlaubte es Buzatu, sich im selben Atemzug für die Reformierung des dogmatischen Marxismus-Leninismus und des radikalen Feminismus einzusetzen: »Sexismus« könne ein Konzept sein, mit dessen Hilfe die Lücke zwischen der Unterordnung der Frauenthemen im Marxismus-Leninismus unter vermeintlich »grundlegendere Probleme« auf der einen Seite und der ideologischen und politischen Inkohärenz des Feminismus sowie des Mangels an effektiven Optionen für die Praxis auf der anderen überbrückt werden könne.⁵⁰

Buzatu bildete die Übersetzung des Begriffs »Sexismus« in den sozialistischen Diskurs der des Begriffs »Rassismus« nach. Warum, so fragte sie, wurde der Begriff »Sexismus« mit solcher Feindseligkeit behandelt, warum musste er als Vorwand herhalten, um den Feminismus als bürgerliche Ideologie abtun zu können, während das Konzept des Rassismus von der marxistischen Theorie weithin akzeptiert wurde? Wenn es sich nicht um eine Verzerrung der Theorie oder intellektuelle Trägheit handelte, dann hatten die Gründe, so schlussfolgerte sie, mit dem strukturellen Konservatismus der politischen Sprache und der Naturalisierung der Frauenfeindlichkeit selbst zu tun.⁵¹ Indem sie die Übernahme des »Sexismus« als Arbeitskonzept mit der des Begriffs »Rückständigkeit« verglich, wandte Buzatu die übliche Top-down-Strategie der Partei gegen sie selbst. Im Fall des Konzepts der »Rückständigkeit« hatte Nicolae Ceaușescu selbst eingestanden, dass sein Gebrauch aufgrund der sozialen Realitäten im Kolonialismus und Imperialismus notwendig wurde. In einer dazu symmetrischen Argumentation legte Buzatu nahe, dass durch den Gebrauch des Ausdrucks »Sexismus« zur genaueren Qualifizierung allgemeiner Begriffe wie »soziale Beziehungen«, »Produktionsweisen« oder »Entfremdung« ein umgekehrter Effekt erreicht werde – nämlich die Offenlegung der ansonsten naturalisierten Wirklichkeit der Diskriminierung von Frauen: die Beibehaltung der »Doppel-« und »Dreifachbelastung«, die weiterhin extrem ungleiche Repräsentation von Frauen an den Hochschulen, die anhaltende traditionelle, rollengeleitete Zuordnung der Berufe, und die sehr geringe Zahl von Frauen in Leitungspositionen.

50 Stana Buzatu: *Condiția femeii, dimensiune a progresului contemporan* [Die Lage der Frauen: Eine Dimension des zeitgenössischen Fortschritts], Bukarest 1979, S. 272.

51 Ebd., S. 274 f.

Buzatus *Condiția femeii* ist neben der konzeptuellen Innovation auch ein gutes Beispiel nicht nur für die transnationale Produktion und Zirkulation feministischer Diskurse im Spätsozialismus, sondern auch für ihre paradoxe Verstärkung des Nationalkommunismus. In den letzten Jahren ist der Beitrag der staatssozialistischen Frauenorganisationen zur Formulierung der Frauenrechte als Menschenrechte im Kontext des internationalen Frauenjahrs 1975 in den Fokus der Geschichtsschreibung gerückt.⁵² Die Forschung hat gezeigt, dass selbst in Hierarchien epistemischer Macht zwischen dem Osten und dem Westen die Dynamik nicht einfach als Durchsetzung des Westens gegen den Widerstand des Ostens zu verstehen ist, sondern eher gemeinsam geteilte Interessen reflektierte, die von ungleichen Positionen aus verhandelt wurden. In dieser Perspektive stellt Raluca Maria Popas Untersuchung der rumänischen und ungarischen Beteiligung an der Organisation des Internationalen Frauenjahrs einen Versuch dar, sowohl die individuelle *agency* feministischer Aktivistinnen im Sozialismus als auch die institutionelle *agency* kommunistischer Frauenorganisationen jenseits ihrer nationalen Kontexte (wie etwa des Nationalen Frauenrats in Rumänien, zu dessen Leitung Stana Buzatu gehörte) vor dem Vergessen zu bewahren. Popa zeigt, dass der transnational produzierte Diskurs schlecht in den nationalen Kontext zurückübersetzt und integriert wurde, d. h. entweder nur unsystematisch und bruchstückhaft durch »Nationalisierung« (Popa) transnational geformter globaler Anliegen oder überhaupt nicht, etwa indem diese Anliegen als »fremd« oder in den lokalen Verhältnissen redundant behandelt wurden.⁵³

Im Allgemeinen befassten sich die im vorigen Abschnitt diskutierten Arbeiten über die Ungleichstellung der Frauen selten und nur oberflächlich mit Anliegen jenseits des rumänischen Kontexts. Stana Buzatus *Condiția femeii* war einer der ganz wenigen Versuche, den zeitgenössischen Feminismus von der sozialistischen Peripherie aus zu vermessen, und spiegelte dabei die Komplexität der laufenden Institutionalisierung des Themas Frauenarbeit als globales Anliegen. In *Condiția femeii* finden sich Probleme der Frauenarbeit, der intellektuelle feministische Diskurs, Macht und Ideologie sowie Globalisierung und »Dritte Welt« in enger Verflechtung. Sowohl die Wahl der Themen als auch die Literaturbezüge bezeugen Buzatus Teilhabe an transnationalen Netzwerken von Aktivistinnen sowie der Wissensproduktion und -zirkulation. Besonders bemerkenswert ist der Umstand, dass Buzatu zwischen 1965 und 1971 als Sekretärin der Internationalen Demokratischen Frauenföderation in Berlin tätig war.⁵⁴

52 Siehe Celia Donert: Women's Rights in Cold War Europe: Disentangling Feminist Histories, in: Past & Present 218 (2013), H. 8 (Beilage), S. 180–202.

53 Raluca Maria Popa: Translating Equality between Women and Men across Cold War Divides: Women Activists from Hungary and Romania and the Creation of International Women's Year, in: Shana Penn/Jill Massino (Hg.): Gender Politics and Everyday Life in State Socialist Eastern and Central Europe, New York 2009, S. 70 f.

54 Die Internationale Demokratische Frauenföderation war Francisca de Haan zufolge die größte internationale Frauenorganisation der Nachkriegszeit. Auf ihre Initiative ging sowohl das Internationale Frauenjahr der UN 1975 als auch die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau 1979 zurück. Francisca de Haan: Continuing Cold War Paradigms in Western Historiography of Transnational Women's Organisations: The Case of the Women's International Democratic Federation (WIDF), in: Women's History Review 19 (2010), H. 4, S. 548.

Ein besonderer Fall von intellektueller Koproduktion und Wissenstransfer ist das 1975 vom International Institute for Labour Studies organisierte Forschungssymposium »Women and decision making: a social policy priority«. Für Buzatu stellte es den Wendepunkt hinsichtlich ihres Interesses am Thema Feminismus dar.⁵⁵ Von der Internationalen Arbeitsorganisation 1960 in Genf ins Leben gerufen, um ein besseres Verständnis der Arbeitsbedingungen in allen Ländern zu fördern und Führungskräfte im Feld der Sozialpolitik weiterzubilden, definierte sich das Institut selbst als internationale Forschungs- und Bildungseinrichtung, die vor jeglicher politischer Einflussnahme geschützt war, d. h., Themen sollten hier »leidenschaftslos und objektiv«⁵⁶ verhandelt werden. Das Hauptziel bestand seit den frühen 1970er-Jahren darin, Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker mit Strategien zu versorgen, insbesondere in Hinblick auf Entwicklungsländer. Das zur Feier des Internationalen Frauenjahrs veranstaltete Symposium über Entscheidungsbildung brachte etwa 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Diskussionsrunden zusammen, in denen es um Themen ging wie »Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, eine Quelle der Ungleichheit«, »Frauen bei der Arbeit, am Arbeitsplatz und zu Hause« sowie »Psychologische, soziale und politische Hindernisse der Entscheidungsbildung«.⁵⁷ Aus der geografischen Verteilung der Herkunftsländer der Vortragenden, von Ghana über Indien, die USA und Brasilien bis Ungarn, spricht deutlich das Ziel, das Problem der Teilhabe von Frauen an der Entscheidungsbildung als eines von wirklich globaler Tragweite zu betrachten und zu beginnen, Standards, Maßnahmenvorschläge und Interventionsinstrumente von gleichermaßen globaler Reichweite zu entwickeln.

Die Arbeitshypothese des Symposiums lautete, dass Macht, d. h. die sozialen Beziehungen, die die Handlungen von Männern und Frauen ordneten, durch Organisationen ausgeübt wurde und dass Entscheidungen größeren Einfluss entfalteten, wenn die Organisationen, durch die sie vermittelt wurden, eher formellen als informellen Charakter hatten. Diese Situation, so wurde dargelegt, war historisch als Mittel männlicher Herrschaft entstanden, unter den Bedingungen der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und der aufgrund ihrer mütterlichen Funktionen mangelnden Selbstständigkeit der Frauen außerhalb des Heims. Da ihnen der Zugang zu wirklicher politischer und ökonomischer Macht verwehrt blieb, reproduzierten und transformierten Frauen, die in dieses strukturelle, zum Zweck der Ausübung männlicher Herrschaft gestaltete Netz eingewoben waren, die existierenden sozialen Beziehungen, die auf der geschlechtlichen Arbeitsteilung basierten.⁵⁸ Der strittige Punkt war dann die ersehnte Lösung des Problems der Beherrschung der Frauen – d. h. die friedliche Neuverteilung von Macht innerhalb formeller Organisationen, die gefährliche soziale Konflikte vermeiden helfen sollten, wie

55 Siehe Popa: *Translating Equality* (Anm. 53), S. 72.

56 Maryse Gaudier: *The International Institute for Labour Studies: Its Research Function, Activities, and Publications, 1960–2001*, Genf 2011.

57 Siehe Françoise Latour da Veiga-Pinto: *A Synthesis Report: Research Symposium on Women and Decision Making, a Social Policy Priority*, Genf 1976.

58 Ebd., S. 2 f.

etwa jene, die durch die Bildung paralleler Frauenorganisationen entstehen konnten, die in der Lage waren, mit denen der Männer zu konkurrieren.

Stana Buzatu ging in *Condiția femeii* auf das Genfer Symposium ein. Sie teilte das thematische Interesse an Problemen der traditionellen Arbeitsteilung als Quelle von Ungleichheit, am Problem der Doppelbelastung oder an den kulturellen Mitteln zur Verfestigung der Beherrschung der Frauen – so diskutierte sie etwa ausführlich die Konstruktion von Weiblichkeit und Sexualität, die »weibliche Mystik« oder das Bild der Frau als Konsumentin. Buzatu stieß sich jedoch besonders an etwas, das sie als Ersetzung der Klasse als analytischer Kategorie durch das schwammige Konzept Macht wahrnahm, das in ihren Augen die strukturellen Wurzeln männlicher Herrschaft eher kaschierte als erhellte.⁵⁹ Dies sollte nicht nur als typisch marxistisch-leninistische Rahmung des ideologischen Konflikts zwischen sozialistischer Emanzipation und Feminismus, als Konflikt zwischen Klasse und Natur in der Erklärung der Ungleichstellung der Frauen verstanden werden. Im Rahmen der Logik des institutionellen und epistemischen Settings, das den Versuch unternahm, die Bedingungen eines transnationalen, internationalen Diskurses über die begrenzte Teilhabe von Frauen an Prozessen der Entscheidungsbildung zu produzieren, kann Buzatus Intervention als eine Form des Widerstands gegen das gedeutet werden, was sie als »Domestizierung« radikaler sozialer Lösungen zugunsten kleinerer institutioneller Anpassungen wahrnahm. Letztere würden, weil sie zwischen den Gesellschaften leicht übersetzt werden konnten, im Zuge der Konsolidierung einer entstehenden neoliberalen ökonomischen und politischen Ordnung bevorzugt. Zu einem Zeitpunkt, an dem das Projekt einer alternativen sozialistischen Globalisierung eindeutig scheiterte und Rumänien sich selbst als Sonderfall des Ostblocks darstellte,⁶⁰ war Buzatus Kritik mit der ideologischen Investition in die Idee des Nationalkommunismus vollkommen kompatibel.⁶¹ Auf diese Weise wurde die Reproduktionsverantwortung der Frauen gegenüber der sozialistischen Nation weiter naturalisiert.

IV. Auf dem Weg in den Postsozialismus

Ein im Oktober 1986 in der *New York Review of Books* unter einem Pseudonym erschienener Artikel mit dem Titel »Birth and Death in Romania« berichtete ausführlich über die medizinischen Untersuchungen, Bestrafungen und Todesfälle, die Frauen in Rumänien infolge der strikten Abtreibungskontrolle ab 1966 zu gewärtigen hatten. Der Autor, der rumänische Soziologe Pavel Câmpeanu, argumentierte, dass die pronatalistischen Maßnahmen nicht als Reaktion auf eine demografische Krise eingeführt worden seien,

59 Siehe Buzatu: *Condiția femeii* (Anm. 50), S. 180.

60 Siehe James Mark/Bogdan C. Iacob/Tobias Rupprecht/Ljubica Spaskovska: *Globalisation*, in: dies.: 1989: *A Global History of Eastern Europe*, Cambridge 2019, S. 25–72.

61 Zum Nationalkommunismus siehe Katherine Verdery: *National Ideology under Socialism: Identity and Cultural Politics under Ceaușescu's Romania*, Berkeley 1995; Emanuel Copilaș: *Națiunea socialistă: Politica identității în epoca de aur* [Die sozialistische Nation: Identitätspolitik im Goldenen Zeitalter], Iași 2015.

sondern um den Zugriff des Regimes auf die »intimsten Erfahrungen des Privatlebens« auszuweiten. Zudem würden Zwangsmaßnahmen gegen Frauen, die beschuldigt wurden, sich den pronatalistischen Maßnahmen zu widersetzen, regelmäßig unter Missbrauch von Statistiken gerechtfertigt, die zudem auch kein genaues Bild des Anstiegs der Kindersterblichkeit gäben. Der Autor bat seine amerikanischen Leserinnen und Leser eindringlich, sich die Realität der Frauen, Kinder und älteren Menschen vor Augen zu führen, die mittels demografischer Maßnahmen des kommunistischen Regimes »jeden Tag friedlich gemordet« würden. »Die Wirklichkeit der Unterdrückung entwickelt sich schneller als Ihre Vorstellung davon«, erklärte Câmpeanu im rumänischen Originaltext, der in der englischen Übersetzung gekürzt wurde. »Repression bedeutet nicht länger den Gulag, den Entzug der Freiheitsrechte, sondern die repressive Organisation des Rechtszustands der Freiheit selbst.«⁶²

Câmpeanus Artikel war für einen wichtigen Wendepunkt in den Deutungen zur Lage der Frauen im Staatssozialismus symptomatisch. Erstens hob er unmissverständlich die deprimierende Wirklichkeit des Alltagslebens in Rumänien hervor, dokumentierte das durch das Abtreibungsverbot verursachte Elend und kritisierte implizit den »Westen« für seine Komplizenschaft bei der Aufrechterhaltung eines Regimes »repressiv strukturierter Freiheit«. Dies fiel mit einer breiteren Verschiebung im kritischen Diskurs des Ostblocks zugunsten von Menschenrechten zusammen, die in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre eingesetzt hatte und eine noch frühere Bewegung in Osteuropa und der Sowjetunion spiegelte, Menschenrechte und sozialistische Ideale miteinander in Beziehung zu setzen.⁶³

Zweitens äußerte Câmpeanu epistemische Ängste in Bezug darauf, wie im Staatssozialismus Wissen über das Soziale produziert, gedeutet und genutzt wurde. Als marxistischer Soziologe hatte er das Büro für Untersuchungen und Umfragen des rumänischen Rundfunks und Fernsehens begründet und beinahe ein Jahrzehnt lang geleitet. Die dort gesammelten Daten nutzte er für eine dreiteilige marxistische Kritik der Massenkultur (Theater, TV und Kino) im Staatssozialismus. Um die Mitte der 1980er-Jahre waren diese epistemischen Ängste ein Symptom für die weitverbreitete Desillusionierung über die Rolle, die die Sozialwissenschaften für sozialistische *governance* spielten. Sie spiegelten das Scheitern des Projekts des sozialistischen *scientific management*, das die Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler in der zweiten Hälfte der 1960er- und in den 1970er-Jahren beschäftigt hatte. In der postsozialistischen Phase ging diese Desillusionierung in Argwohn und Marginalisierung des aus der Zeit des Staatssozialismus stammenden Wissens über das Soziale allgemein über. Marxistisches Denken in den

62 Pavel Câmpeanu: Nașterea și moartea în România [Geburt und Tod in Rumänien], in: ders.: Ceaușescu: Anii numărătorii inverse [Ceaușescu: Der Countdown], Iași 2002, S. 268–279, hier S. 278. Für die englische Übersetzung, die am 23. Oktober 1986 in der »New York Review of Books« veröffentlicht wurde, siehe Name Withheld (Pavel Câmpeanu): Birth and Death in Romania, October 1986, in: Making the History of 1989, <http://chnm.gmu.edu/1989/items/show/694> (ges. am 13. September 2021).

63 Siehe Paul Betts: Socialism, Social Rights, and Human Rights: The Case of East Germany, in: Humanity 3 (2012), H. 3, S. 407–426.

Sozialwissenschaften wurde aus der Geschichte der einzelnen Disziplinen getilgt, im Zuge einer Neuformulierung der Nachkriegsgeschichte des sozialen Denkens, zu dem auch die aus den 1970er-Jahren stammenden Studien zur Lage der Frauen gehörten, die Gegenstand dieses Artikels sind.

Drittens war Câmpeanus Text bemerkenswert, weil er die Stimme einer Frau zum Thema fehlender reproduktiver Rechte in Form eines Gedichts von Ana Blandiana zitierte, das ursprünglich im Dezember 1984 in der Studentenzeitung *Amfiteatru* erschienen war. Wie er seinen englischsprachigen Leserinnen und Lesern erläuterte, war das Gedicht nach seiner Veröffentlichung in einem paradoxen Fall von Samisdat einer offiziellen Publikation vielfach kopiert und verbreitet worden. Den Titel *Kreuzzug der Kinder*⁶⁴ verstanden alle – er bezog sich auf das Abtreibungsverbot und damit auf eine der berüchtigsten Maßnahmen des Ceaușescu-Regimes, das ansonsten in der Öffentlichkeit strikt tabuisiert wurde. Erst in der postsozialistischen Zeit waren es dann diese Maßnahme und ihre dramatischen Folgen, die weithin zum Symbol für das Schicksal der Frauen im Staatssozialismus wurden.

Blandiana reflektierte später über die Umstände, unter denen das Gedicht veröffentlicht wurde: Es sei wahrscheinlich eher wegen einer Nachlässigkeit der Herausgeberinnen und Herausgeber erschienen, denn als bewusste Provokation. Sie habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Gedichte möglicherweise nicht publizierbar seien, und war überrascht gewesen, als sie sie gedruckt sah. Die internationale Aufmerksamkeit für ihren Fall hatte zur Folge, dass sie auch nach dem anschließenden Skandal weiter veröffentlichen konnte. Allerdings wurde sie 1988 erneut mit einem Publikationsverbot belegt, nachdem sie ein Kinderbuch verfasst hatte, in dem eine Katze mit Namen Motanul Arpagic auftrat, die Nicolae Ceaușescu parodierte.⁶⁵

Das Werk Blandianas und anderer prominenter Frauen, die ihre Stimme in ähnlichen Situationen gegen das kommunistische Regime erhoben, insbesondere etwa Herta Müller und Doina Cornea, ist in der postsozialistischen Geschichtsschreibung als »geschlechtsloser Protest« charakterisiert worden, der nicht von einer »spezifisch weiblichen Erfahrung [ausging], sondern von dem Bewusstsein, alle (oder zumindest die meisten) Bürger zu vertreten [...]. Durch oppositionelle und nonkonforme Aktivitäten handelten sie, als seien Männer und Frauen tatsächlich gleichgestellt, nicht dank, sondern vielleicht trotz der vom Kommunismus hervorgebrachten Errungenschaften.«⁶⁶ Allgemeiner beruhte dieses Deutungsmuster im Ostblock auf dem Widerwillen prominenter oppositioneller Frauen, sich selbst als Feministinnen zu verstehen, eine in der jüngsten Literatur über feministisches Denken und feministischen Aktivismus im Staatssozialismus kritisch

64 Für eine dem Original treuere englische Übersetzung siehe Ana Blandiana: *The Children's Crusade*, in: *The Iowa Reader* 21 (1991), H. 2, S. 41.

65 Siehe Interview mit Ana Blandiana von Naomi Frandzen (2003), in: *Lingua Romana* vom 31. Mai 2016, <http://linguaromana.byu.edu/2016/05/31/interview-ana-blandiana> (ges. am 13. September 2021).

66 Cristina Petrescu: *A Genderless Protest: Women Confronting Romanian Communism*, in: *Analele Universității București. Științe politice* 16 (2014), H. 2, S. 79–101, hier S. 81.

thematisierte Situation.⁶⁷ Nicht nur waren oppositionelle Aktivitäten tiefgreifend gegendert, was in der folgenden postsozialistischen Periode jedoch verschleiert wurde,⁶⁸ sondern auch Forschung und Wissenschaft. Dieser Artikel spricht sich für die Notwendigkeit aus, das aus der staatssozialistischen Ära stammende Wissen über die Lage der Frauen zu rekonstruieren und auf seine Relevanz für die Gegenwart zu reflektieren.

Reproduktive Rechte waren der blinde Fleck der Studien zur Ungleichstellung der Frauen im sozialistischen Rumänien. Wie Ecaterina Oproiu es ausdrückte: »Die Gesetze der Biologie akzeptieren keine gerechte Verteilung und weigern sich, Frauen und Männer gleichermaßen gebären zu lassen, oder sich wenigstens abzuwechseln.«⁶⁹ Wie hier gezeigt wurde, erlaubte jedoch die Entkopplung der biologischen, ökonomischen und sozialen Reproduktion infolge der pronatalistischen Maßnahmen von 1966 auch den biologischen Essentialismus zu kritisieren und Gleichheit neu zu definieren – nicht als Rechtszustand, sondern als bewusster und andauernder sozialer Prozess. Dies erforderte einen geschickten Umgang mit den Möglichkeiten, die existierende Sprache der Frauenemanzipation von innen zu unterlaufen. Wie im Fall der Doppelbelastung gezeigt wurde, konnte sich ein Konzept an multiple Perspektiven anpassen (Psychologie, politische Ökonomie, politische Teilhabe usw.). Und wie im Fall des Feminismus und Sexismus gezeigt wurde, war eine konzeptuelle Erneuerung auch innerhalb des marxistisch-leninistischen Repertoires sozialen Denkens möglich. Diese Interventionen waren ihrem Kontext nach an die übergreifende Idee gebunden, dass Gleichheit die Integration der Frauen in die Arbeit zur Voraussetzung hatte. Neuere Forschungen, die sich auf Oral History stützen, haben gezeigt, dass innerhalb dieses Rahmens die Geschlechterrollen in der Familie ausgehandelt werden konnten und zuweilen auch mussten (z. B. unter den Bedingungen extremer Knappheit in den 1980er-Jahren), auch wenn dies nicht immer geschah.⁷⁰

Dies bot auch einen günstigen Ausgangspunkt, um in den 1970er-Jahren feministische und transnationale Diskurse über Frauenarbeit mit Wirklichkeiten vor Ort zu konfrontieren. Dieser Prozess brachte seine eigenen Widersprüche hervor, deren nicht geringster die stillschweigende oder explizite, gelegentlich sogar enthusiastische Zustimmung zum Nationalkommunismus war – verstanden etwa von Stana Buzatu als Alternative zur entstehenden Weltordnung der 1970er-Jahre, die wir heute neoliberal nennen würden. Nach 1989 versuchte der im akademischen Bereich institutionalisierte liberale Feminismus, sein politisches und philosophisches Denken am westlichen Feminismus der 1990er-Jahre auszurichten.⁷¹ Im Rückblick galt die Lesart, dass sich feministisches Denken im Staatssozialismus innerhalb der »Grenzen der offiziellen Doktrin« (d. h. mit Schwerpunkt auf der wirtschaftlichen Emanzipation der Frau) entwickeln konnte, dass

67 Siehe Zsófia Lóránd: *The Feminist Challenge to the Socialist State in Yugoslavia*, Cham 2018.

68 Siehe Shana Penn: *Solidarity's Secret: The Women Who Defeated Communism in Poland*, Ann Arbor 2008.

69 Oproiu: *Două întrebări-cheie* (Anm. 47), S. 80.

70 Siehe Jill Massino: *Something Old, Something New: Marital Roles and Relations in State Socialist Romania*, in: *Journal of Women's History* 22 (2010), H. 1, S. 34–60.

71 Mihaela Miroiu: *An Exotic Island: Feminist Philosophy in Romania*, in: *Signs* 34 (2009), H. 2, S. 233–239.

es aber »wie andere ›Abweichungen‹ von der nationalkommunistischen Propaganda unterdrückt wurde«. ⁷²

Wie diese Analyse zeigen soll, stand das intellektuelle Denken über die ambivalente Emanzipation der Frauen im Rumänien der 1960er- und 1970er-Jahre jedoch selbst in einem ambivalenten Verhältnis zur Politik des Parteistaats und zur nationalkommunistischen Propaganda. Es sollte nicht nur in Hinblick auf diesen politischen und propagandistischen Rahmen gelesen werden, sondern auch unter seinen eigenen Bedingungen, als ein lokaler Strang des marxistisch-leninistischen sozialen Denkens über die Ungleichstellung der Frauen.

Aus dem Englischen übersetzt von Marcel Streng

72 Mihaela Miroiu, *Drumul către autonomie: Teorii politice feministe* [Der Weg zur Autonomie: Feministische politische Theorien], Iași 2004, S. 212.

